

FRAUEN

Ausgangslage

Die Burgenländische Landesregierung verfolgt das Ziel, die Gleichstellung von Mann und Frau selbstverständlich zu leben. In der Frauenpolitik sehen wir es als unsere Aufgabe an, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Frauen in unserer Gesellschaft Wahlmöglichkeiten zu schaffen. Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung gehört dazu insbesondere die Einführung sowie die geplante Ausrollung des Mindestlohns, die entscheidend zur Reduktion des Ungleichgewichts in der Entlohnung von Mann und Frau beiträgt.

113. Lohnschere schließen – Mindestlohn in der Privatwirtschaft

Mit der Einführung des Mindestlohns im Landesdienst hat das Burgenland eine Vorreiterrolle eingenommen. Vor allem Frauen arbeiten häufig in Niedriglohnbranchen und würden von einem flächendeckenden Mindestlohn profitieren. Damit Frauen selbstbestimmt und unabhängig leben können ist ein existenzsicherndes Einkommen notwendig. Entsprechend treibt die Landesregierung die Ausweitung des Mindestlohns voran. Gleichzeitig sollen Anreize für die Privatwirtschaft gesetzt werden. Daher sollen mittelfristig für das Land und für Betriebe des Landes nur mehr solche Unternehmen tätig sein, die bereit sind, die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen für gleiche Arbeit zu gewährleisten.

114. Land Burgenland als frauen- und familienfreundlicher Arbeitgeber

Das Land Burgenland wird weitere Maßnahmen setzen, welche die beruflichen Perspektiven von Frauen am Arbeitsplatz verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Forcierung von Netzwerken sowie die Bewusstseinsbildung, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach Karenzen, familienfreundliche und flexible Arbeitszeitmodelle, Ferienbetreuung sowie Anti-Diskriminierungsrichtlinien.

115. Gewaltprävention im Gesundheitswesen

Noch immer ist jede fünfte Frau im Laufe ihres Lebens zumindest einmal mit Gewalt konfrontiert. Besonders Beschäftigte im Gesundheitswesen sind mit den Auswirkungen dieser Gewalt tagtäglich konfrontiert. Sie sollen für das Thema Gewalt an Frauen und Mädchen sensibilisiert werden, um Fälle von körperlicher oder psychischer Gewalt zu erkennen und damit richtig umgehen zu können. Deswegen sollen ab Ende 2020, gemeinsam mit Gewalt- und Opferschutzeinrichtungen, entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote für Menschen in Gesundheitsberufen entwickelt werden.